

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 110. Ratssitzung vom 29. Juni 2016

2065. 2015/129

Weisung vom 13.05.2015:

Einzelinitiative von Pablo Büniger und drei Mitunterzeichnenden betreffend Umsetzung von Art. 2^{quater} Gemeindeordnung, «Fairness bei staatlich gestützten Wohnbauträgern», Ablehnung

Antrag des Stadtrats

Die Einzelinitiative von Pablo Büniger und drei Mitunterzeichnenden vom 10. September 2013 betreffend Umsetzung von Art. 2^{quater} Gemeindeordnung, «Fairness bei staatlich gestützten Wohnbauträgern», wird abgelehnt.

Pablo Büniger beantragt die persönliche Begründung der Einzelinitiative gemäss § 138b Abs. 2 GPR.

Anwesend sind 123 Ratsmitglieder (Quorum = 31 Stimmen).

Der Rat stimmt dem Antrag von Pablo Büniger mit 117 Stimmen zu, womit das Quorum gemäss § 138b Abs. 2 GPR erreicht ist.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Dr. Pawel Silberring (SP): *Eine Onlinekommentatorin schrieb im Tages-Anzeiger, sie sei alleinerziehende Mutter, verdiene im Gastgewerbe 3800 Franken pro Monat und wohne in einer Genossenschaftswohnung, für die sie 920 Franken Miete zahle. «Will man mir jetzt die Wohnung wegnehmen?», fragte sie. Es ist in der Tat nicht nachvollziehbar, dass das jemand unter dem Titel «Fairness» tun möchte. Auch wenn die Wohnung dieser Frau 960 Franken kosten würde und damit noch knapp im vorgegebenen Band wäre, wäre ihre Lage ziemlich fatal: Im Fall einer Lohnerhöhung müsste sie eine neue Wohnung suchen, eine solche würde sie wohl aber nur zu einem deutlich höheren Mietpreis finden. Somit bliebe sie ohne Entwicklungsperspektive in ihren prekären wirtschaftlichen Verhältnissen gefangen. Auch in Bezug auf den Ausdruck «staatlich gestützte Wohnbauträger» steht die Initiative schräg in der Landschaft. Damit sind Genossenschaften und wahrscheinlich auch städtische Wohnbaustiftungen gemeint. Genossenschaften sind aber eine Organisationsform für private KMU, und der Stadtrat hat kein Weisungsrecht. Die Beziehungen der Stadt Zürich beruhen auf Verträgen, die einzuhalten sind. Es ist nicht anzunehmen, dass irgendjemand bei irgendeinem Vertrag einseitig zusätzliche Auflagen akzeptieren würde. Denkbar wäre allenfalls, bei neuen Verträgen neue Regelungen anzuwenden, aber nur, wenn das Gesamtpaket für beide Partner etwas Attraktives enthält. Die Genossenschaften sind die idealen Partner der Stadt Zürich bei der Umsetzung des Wohnbauartikels, und zwar*

grösstenteils auf eigenem Land. Wenn die Stadt Zürich jetzt mit Forderungen käme, die es den Genossenschaften verunmöglichen würden, ihren Hauptzweck zu erfüllen – nämlich die dauerhafte Bereitstellung von zahlbarem Wohnraum für ihre Mitglieder –, würde die Stadt keine Partner mehr finden und müsste den Volksauftrag allein ausführen. So wie es formuliert ist, kann man unter dem geforderten Register ein Register verstehen, das sensible persönliche Daten von Privatpersonen an die Öffentlichkeit zerrt. Diesbezüglich gab es ja sehr negative Beispiele im Zusammenhang mit Presseartikeln über die Siedlung Kalkbreite. Was die Initianten wirklich wollten, ist der Kommission nicht klargeworden.

Vertreter des Initiativkomitees zur persönlichen Begründung der Einzelinitiative:

Pablo Büniger: Wir wollen mit dieser Einzelinitiative ein Problem anpacken, über das in der Stadt Zürich schon sehr lange geredet wird. Zum Thema Genossenschaftswohnungen hört man immer wieder, dass die Warteschlangen plötzlich kürzer werden, wenn man die richtigen Connections hat. Eine faire Vergabe von staatlich subventionierten Wohnungen sollte zentral sein, schliesslich sollten Steuergelder gerecht verteilt und nicht missbraucht werden. Wir sind überrascht über die teilweise heftigen Reaktionen der linken Ratsseite zu unserer Einzelinitiative. Es wurde uns dann bewusst, dass ein raffinierter Lobbyist gegen unser Projekt mobil macht. Diese Person, ein Verbandsvertreter und Präsident einer sehr grossen Wohnbaugenossenschaft, der mit der linken Politik verbunden ist, versteuerte 2011 zusammen mit seiner Ehefrau ein höheres sechsstelliges Einkommen und wohnt in einer grosszügigen Genossenschaftswohnung in einem architektonischen Vorzeigebau seiner Genossenschaft, die monatlich höchstens 1500 Franken kostet. Auch wenn diese Wohnung allenfalls aus Eigenmitteln der Genossenschaft finanziert wurde, darf man nicht vergessen, woher diese kommen: Die Genossenschaft konnte einen grossen Teil ihrer Eigenmittel aufgrund der Tatsache äufnen, dass sie zu günstigen Zinsen städtisches Land im Baurecht, zinslose Darlehen der Stadt Zürich sowie weitere Vergünstigungen durch die öffentliche Hand erhielt. Insofern stecken in dieser Genossenschaft überall Steuergelder. Dass sich die linke Ratsseite in ihrer Politik von einem solchen Lobbyisten beeinflussen lässt, hinterlässt bei mir einen schalen Nachgeschmack. Ich hoffe nicht, dass politische Entscheide in der Stadt Zürich zugunsten von Personen gefällt werden, die sich zuvor mit Gefälligkeiten erkenntlich gezeigt haben. Dieser Genossenschaftspräsident ist kein Einzelfall. In den Medien wurde in den vergangenen drei Jahren immer wieder berichtet, wie Gutverdienende auf Kosten des Mittelstands in städtisch finanzierten Wohnungen leben. Es darf nicht sein, dass Geringverdienende und Familien kaum eine Wohnung finden, während in städtischen Liegenschaften 132 Millionäre logieren. Es reicht nicht, die finanzielle Situation der Mieter – wenn überhaupt – nur bei Wohnungsantritt zu erfragen. Es ist erfreulich, dass Stadtrat Daniel Leupi auf öffentlichen Druck hin wenigstens die Belegung der Wohnungen zu Kostenmiete genauer betrachten will. Aber das genügt nicht. Solange krasser Missbrauch mit staatlich gestützten Wohnungen betrieben wird, finden wir, dass es dringend mehr Fairness bei der Verteilung staatlich subventionierter Liegenschaften braucht. Ich bitte Sie, ein Zeichen für mehr Fairness im Wohnungsmarkt der öffentlichen Hand zu setzen.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Pawel Silberring (SP): Spätestens dann, als der Einzelinitiant anfang, Personen, die nicht anwesend sind, persönlich anzugreifen, bereute ich, vorhin Ja gestimmt zu haben. Im Hinblick auf die Beratung dieser Weisung gab es übrigens keinen Kontakt zwischen Herrn Schmid und uns. Es ist bittere Ironie, dass die Initiative jene am meisten in Bedrängnis bringt, die sie zu schützen vorgibt. Aber auch auf höhere Einkommen und Mieten wirkt sich die Initiative negativ aus: Wenn z. B. Eltern nach einer Kleinkindphase ihre Arbeitspensen aufstocken möchten, wird das Budget heute schon belastet durch die Kosten der externen Kinderbetreuung, die höheren Steuern und die zusätzlichen Kosten der Berufstätigkeit. Wenn nun wegen des zusätzlichen Einkommens auch noch der Verlust der Wohnung einberechnet werden muss, geht die Rechnung endgültig nicht mehr auf. Unterdessen weiss man eigentlich auch in Kreisen, die den Initianten nahestehen, dass diese Initiative nicht das Gelbe vom Ei ist. Aber der Schwelleneffekt wird unvermeidlich, sobald man dazu übergeht, Wohnrechte an eine Einkommensentwicklung zu koppeln. Damit macht man, wenn auch ungewollt, sehr schnell ein perfektes «Frauen-Herd-Programm». Mit dieser Initiative haben die Einzelinitianten für einen Teil der Kommissionsmehrheit zu den falschen Mitteln und für einen weiteren Teil zudem zu den falschen Zielen gegriffen.

Dr. Urs Egger (FDP): Im Gegensatz zu Dr. Pawel Silberring (SP) hat der Einzelinitiant keinen Namen genannt. Die Genossenschaftsidee heisst Hilfe zur Selbsthilfe. Die Frage ist einfach, wie die Selbsthilfe funktioniert. Hilfe zur Selbsthilfe ist, wenn Genossenschaften mit ihrem Eigenkapital funktionieren. Wenn sie aber vor allem dank staatlicher Mittel, egal in welcher Form, funktionieren, bestehen gewisse Zweifel in Bezug auf den Selbsthilfegedanken. Daher ist der Begriff «staatlich gestützter Wohnungsbau» genau richtig. Es ist unbestritten, dass es für gewisse Gruppierungen in der Gesellschaft und für gewisse Anwohnerinnen und Anwohner in der Stadt Zürich gemeinnützigen Wohnungsbau geben soll. Die Frage ist einfach, wo die Grenze gezogen wird, und wie die Kriterien lauten. Die Einzelinitiative will das festlegen. Es gibt genügend Beispiele, die öffentlich diskutiert wurden, wo man sich fragen muss, warum gewisse Leute in unterstützten Wohnungen leben. Das ist die Gelegenheit, sich wirklich Gedanken zu machen, wie man in Zukunft die Bedingungen für die Nutzung des gemeinnützigen Wohnungsbaus so korrigieren kann, dass am Schluss jene davon profitieren, die es wirklich nötig haben.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Luchsinger (GLP): Es ist befremdend, dass hier plötzlich Steuerausweise zitiert werden. Übrigens sind Genossenschaften private Einheiten. An die Vergabe von gewissen Geldern und an die Verminderung des Landwerts werden Bedingungen geknüpft, und bei der Erneuerung der jeweiligen Baurechte haben wir sogar noch Zusatzkonditionen für eine Verlängerung aufgestellt – das wäre für die FDP der Moment für zusätzliche Anliegen gewesen. Was hier vorgeschlagen wird, ist keine Lösung, denn eine solche Vereinbarung könnte man höchstens bei der Aushandlung eines neuen Baurechts abschliessen. Einseitig ist es nicht möglich, und nur schon das ist ein

kritischer Punkt. Das städtisch geführte Register passt überhaupt nicht mit der Forderung nach weniger Bürokratie zusammen. Um zu einer Lösung zu gelangen, müsste man erst einmal das Problem richtig definieren, und daran sind wir ja. Das nächste Mal soll die FDP ihr Anliegen politisch gescheiter einbringen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Als Präsident einer Baugenossenschaft musste ich lange genug entscheiden, wer eine Wohnung erhält und wer nicht. Für diese Gewissensentscheide habe ich mir jeweils Zeit genommen, auch für persönliche Gespräche. Das Beispiel, das wir gehört haben, ist vermutlich ein Einzelfall – auf unsere Genossenschaft trifft so etwas auf jeden Fall nicht zu. Es ist keine linke Genossenschaft, die auch kaum subventioniert wurde. Diese Einzelinitiative ist abzulehnen, denn mit dieser Regelung würde es relativ schwierig, solche Wohnungen noch zu vermieten, und die Folge davon wäre, dass man die Wohnungen an Krethi und Plethi vermieten müsste. Mir war es aber immer ein Anliegen, in den Gesprächen auch zu prüfen, was der Geist der Leute ist: Sind sie bereit, mitzuarbeiten oder nicht? Das Finanzielle ist ein Kriterium, aber nicht das einzige und nicht das ausschlaggebende.*

Urs Fehr (SVP): *Ich ärgere mich über das Verhalten jener, die vorhin, als ein Bürger der Stadt Zürich vor uns sprach, gelacht und dazwischengerufen haben. Haben Sie denn keinen Respekt und keinen Anstand?*

Alexander Brunner (FDP): *Ich gehöre selber zu den Initianten. 2013 haben wir vermehrt solche Stimmen gehört – ich zitiere aus dem Tages-Anzeiger: «Ich kenne genug Doppelverdiener, die dank Genossenschaftswohnungen auf Kosten der Steuerzahler günstig wohnen und dadurch Geld sparen können. Wenn wir Steuerzahler schon Leistungen für das Gemeinwohl finanzieren, dann soll es auch Bedürftigen zugute kommen. Klare Regeln und gute Kontrollen sind da absolut gerechtfertigt.» Wir haben festgestellt, dass die Belegung nur am Anfang, später aber nicht mehr überprüft wird. Wir fordern, dass mit der Zeit überprüft wird, ob sich die Lebensumstände geändert haben. Übrigens erhält man auf dem privaten Wohnungsmarkt auch kaum eine Wohnung, wenn man nicht wenigstens dreimal so viel verdient, wie die Wohnungsmiete kostet. Wer eine Wohnung sucht, soll das gute Gewissen haben, dass eine Chance besteht, und dass solche Wohnungen nicht von Leuten besetzt werden, die gar nicht mehr darauf angewiesen sind.*

Niklaus Scherr (AL): *Der Einzelinitiant hat nichts zu den inhaltlichen Vorschlägen der Initiative gesagt. Er hätte z. B. erklären können, wie das Orwell'sche Register konkret funktionieren soll. Gemäss Punkt 4 der Initiative sollte das Register zentral und öffentlich zugänglich sein – eine sensationelle Forderung für Mitglieder einer liberalen Partei. Der Einzelinitiant hätte weiter auch erklären können, wieso er auf das Verhältnis 4:1 kommt. Für eine subventionierte Wohnung, d. h. eine mit Steuergeldern verbilligte Wohnung, kann eine Familie ein steuerbares Einkommen bis 66 100 Franken haben. Eine solche Familie dürfte also für höchstens 1377 Franken eine Wohnung mieten. Das zeigt, es ist eine unglaubliche Doktor Eisenbarth-Methode, die auch bei Hypozinssenkungen für wenig Freude bei den Mietern sorgen würde.*

Marc Schlieper (FDP): *Wer kann schon gegen Fairness und Transparenz sein? Fair wohnen heisst, dass Personen, die auf dem freien Wohnungsmarkt keine Wohnung finden, in einer Wohnung eines staatlich gestützten Wohnbauträgers ein Zuhause finden. Solche Wohnungen sollten nur an Leute gehen, die die Kriterien erfüllen – dasselbe gilt auch für die Weiternutzung. Die Vergabe solcher Wohnungen ist oft nicht nachvollziehbar. Es fehlt eine periodische Überprüfung der Mieterschaft. Der Steuerzahler hat einen Anspruch darauf, dass die Leistungen, die er zahlt, nach sinnvollen und nachvollziehbaren Kriterien ausgerichtet werden, und das gilt auch, wenn sich die finanzielle Situation der Mieter verändert. Damit einkommensschwache Einwohner eine bezahlbare Wohnung finden, braucht es nicht nur genügend Wohnungsraum, sondern es muss auch sichergestellt werden, dass die Wohnungen wirklich den Bedürftigen zukommen.*

Mario Mariani (CVP): *Die CVP hat die Einzelinitiative vorläufig unterstützt, damit das recht populäre Anliegen einmal genauer angeschaut wird. Nachdem die Weisung nun vorliegt, gibt es für die CVP keinen Grund mehr, der Initiative zuzustimmen – umso mehr als der Stadtrat eine Weisung bringt, die das Problem für städtische Wohnungen lösen soll, auch wenn es da in Bezug auf die Übergangsfristen nicht einfach sein wird. Aber das Problem ist erkannt und in dieser Beziehung bald gelöst.*

Hans Urs von Matt (SP): *Wohnen ist ein soziales Recht, und man kann niemandem vorwerfen, dass er günstig wohnen möchte. Für das Wohnen in Genossenschaften sprechen aber auch noch andere Gründe, wie z. B. der Wunsch, sich an der Gemeinschaft zu beteiligen. Günstig wohnen ist kein Skandal; skandalös ist die Vermietpraxis der Privaten, die mit der Abdeckung eines Grundbedürfnisses überrissene Gewinne einheimen wollen. Angesichts der Tatsache, dass bei einem Mieterwechsel die Miete um 400 Franken steigen kann, ohne dass irgendetwas an der Wohnung gemacht würde, braucht es ein neues Bodenrecht und mehr gemeinnützigen Wohnungsbau. Einen Ausbau des gemeinnützigen Wohnungsbaus wollen auch die Stadtzürcher Bürgerinnen und Bürger, so steht es als Auftrag in der Gemeindeordnung. Ich fordere den Einzelinitianten deshalb auf, diese Initiative sofort zurückzuziehen.*

Severin Pflüger (FDP): *Fünf freisinnige Initianten wollen ein soziales Anliegen mit einem sozialdemokratischen Instrumentarium durchsetzen, und Niklaus Scherr (AL) wirft ihnen vor, es sei nicht liberal – was für ein armseliges Argument. Es wurde in der Kommission kundgetan, dass die FDP allenfalls an einem vernünftigen Gegenvorschlag interessiert wäre, darauf ist die linke Seite aber nicht eingegangen. Als konkretes Beispiel nenne ich das Projekt Hunziker-Areal von «mehr als wohnen»: Das interessante Projekt, das aus einem Dialog heraus entstanden ist, wurde von der FDP-Fraktion unterstützt. Vor zwei oder drei Wochen las ich in der NZZ von einer Familie, die ein kleines und unregelmässiges Einkommen hat und mit zwei kleinen Kindern in einer Einzimmerwohnung lebt. In der gleichen Woche sah ich dann ein Foto von einem Gemeinderat, der bei «mehr als wohnen» ist. Da habe ich mich gefragt, warum der Gemeinderat dort wohnt und nicht die Familie, die sich eine Dreieinhalbzimmerwohnung wünscht. Gemäss meinen Recherchen wohnen drei Gemeinderäte am Dialogweg: zwei Grüne und eine SP-Vertreterin. 2007 gab es eine Motion, die verlangte, auf dem*

Hunziker-Areal müsse etwas passieren, daraufhin kam die Sache ins Rollen – und heute werde ich den Eindruck nicht los, dass die Politik sich den Wohnraum selber bzw. mit den Geldern des Staats und dem Aufwand der Stadt geschaffen hat. Unserer Partei wurde vorgeworfen, sie habe Filzbefall. Was ich daraus gelernt habe, ist: Man muss schnell handeln und den Filz, auch wenn der Vorwurf völlig aus der Luft gegriffen ist, bekämpfen oder widerlegen. Das ist zum Wohl der ganzen Stadt Zürich, es wäre nämlich schade um den gemeinnützigen Wohnungsbau. Zu «mehr als wohnen» würde ich heute noch einmal Ja sagen, aber ich würde dafür sorgen, dass jene darin wohnen, die es wirklich nötig haben.

Roger Liebi (SVP): *Dass man einen Einzelinitianten, der nicht Politiker ist, persönlich angreift, finde ich speziell. Die SVP lehnt die Einzelinitiative, die faktisch ein Recht auf Wohnung verlangt, ab. Dass die Linken das ebenfalls ablehnen, ist sehr erstaunlich und bedarf einer Erklärung.*

Kyriakos Papageorgiou (SP): *Die Leute, die in einer günstigen Wohnung wohnen, machen in der Regel kein Bausparen; das nicht gesparte Geld nutzen sie für den Konsum, was der allgemeinen Volkswirtschaft zugute kommt. Der Gewinn der privaten Wohnungseigentümer geht zu ein paar wenigen, die nicht im gleichen Mass konsumieren, wie ihr Gewinn steigt. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass alle Kräfte, die sozial und demokratisch sind, in subventionierten Wohnungen oder Häusern leben. Es gibt sehr wohl Sozialdemokraten, die auf anderen Konsum oder auf Reisen verzichten haben, um sich Stockwerkeigentum zu leisten. Das heisst aber nicht, dass man denen, die sich anders entschieden haben, das missgönnen sollte. Die FDP appelliert an die Neidgesellschaft, aber nur zugunsten ihrer Klientel, die Häuser besitzt und vermietet.*

Dr. Davy Graf (SP): *Die Politik, die die FDP seit der Festschreibung des wohnpolitischen Grundsatzartikels in der Stadt Zürich fährt, ist Heuchelei. In der wohnpolitischen Debatte verdreht die FDP jedes Wort. Heuchlerisch und unfair ist es deshalb, weil die FDP den unteren und den mittleren Mittelstand in die Arme der privaten Hauseigentümer treiben will, statt dafür zu sorgen, dass gewisse Leute es weniger schwer hätten auf dem Wohnungsmarkt. Die FDP hilft lieber den privaten Hauseigentümern, die sich vielleicht verspekuliert haben werden mit zu teuren Wohnungen und Sachen, die grundsätzlich in die falsche Richtung gehen. Die gemeinnützigen Wohnbauträger machen die Stadt Zürich lebendig und begünstigen die soziale Durchmischung in allen Quartieren.*

Walter Angst (AL): *Vor einer Woche haben wir gefordert, dass bei der Erneuerung des grössten Genossenschaftsquartiers soziale Leitplanken gesetzt werden, damit genau jene Leute, die Severin Pflüger (FDP) angesprochen hat, sich dort eine Wohnung leisten können. Eine unsubventionierte Wohnung bei «mehr als wohnen» kann sich die erwähnte Familie nicht leisten, somit ist der Diskurs, den die FDP führt, verlogen. In der EU fordern alle Hauseigentümerverbände und Immobilienlobbyisten, gemeinnütziger sozialer Wohnungsbau dürfe nur noch im tiefsten Armutssegment greifen – alles andere müsse freigegeben werden für Spekulation. Wir haben in der Stadt Zürich seit 100 Jahren ein anderes Modell, nämlich durchmischte Quartiere mit einem Drittel an*

Wohnungen, die gezielt an Leute vermietet werden, die zwingend darauf angewiesen sind.

Martin Luchsinger (GLP): Die FDP pickt aus 125 Leuten einzelne heraus, die in der Genossenschaft «mehr als wohnen» sind, und interpretiert daraus, da müsse etwas krumm gelaufen sein. Ich möchte ja nicht die Parteizugehörigkeit der Verwaltungsräte der Banken überprüfen, in die wir viel mehr Geld gesteckt haben. Die städtische Vermietungsverordnung gilt für kommunale Wohnsiedlungen und nicht für Genossenschaften, über die wir hier diskutieren. In staatlich subventionierten Wohnungen würden Leute, die nach den Vorstellungen der FDP nicht mehr dort wohnen dürften, noch längst unterstützt – auch das zeigt, dass gar nicht richtig überlegt wurde. Die FDP behauptet den Filz, den sie selber noch nicht ausgeräumt hat, jetzt auf die andere Seite.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es fällt offenbar schwer, in dieser Debatte auf das Grundsätzliche zu fokussieren. Das Umdenken, das Mario Mariani (CVP) angesprochen hat, ist eigentlich positiv zu werten. Die linke Seite ist eher geeignet, solche Initiativen zu befeuern. Wenn ich sage, ich sei grundsätzlich gegen Vorschriften, die zu weit gehen, hat man keine Freude an mir, so z. B. als ich der Genossenschaft Kalkbreite vorwarf, sie erlasse ein ausgesprochen autoritäres Vermietungsreglement. Zurück zum Grundsätzlichen: Weg von Opportunitätsüberlegungen und Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Die Einzelinitiative hat in der Tat zahlreiche Mängel, was schon damals bei der Weisung zu einer grundsätzlichen Diskussion führte. Ich komme vor allem auf den Punkt des vierfachen Gehalts zu sprechen: Das ist heute die Regelung, die die Liegenschaftenverwaltung (LV) anwendet, denn eine Wohnung muss tragbar sein, und wenn man weniger als das verdient, kann man durchaus Budgetprobleme bekommen. Es ist aber nicht durchdacht, zu sagen, wer die Limite erfülle, müsse sofort ausziehen. Auf diese Art würden soziale Brennpunkte in den Siedlungen geschaffen, denn dadurch wäre die Gruppe, die in einer Siedlung wohnen kann, sehr schmal. Zudem würde die Entwicklung der Leute zu schnellen Wechseln und somit zu Instabilität führen. Auch hätten Leute, die immer in einem budgetären Kampf wären, keine Kraft, in einer Siedlung auch eine gewisse Verantwortung zu übernehmen. Daran kann man absolut kein Interesse haben. Die Mischung befindet sich tatsächlich im Wandel, aber erstens verlangt die Gemeindeordnung eine Mischung in allen Quartieren, zweitens besteht ein Interesse an stabilen Siedlungen, und drittens muss es auch von liberalem Interesse sein, dass sich die Leute in einer Siedlung auch entwickeln können. Mit der Weisung zur Vermietungsverordnung haben wir das Zahlengerüst zur Situation in der Stadt Zürich geliefert. Die Behauptung, bei uns erhielten generell die Falschen die Wohnungen, ist einfach nicht wahr. In den städtischen Wohnungen ist der Anteil der Leute mit geringem Einkommen wirklich sehr hoch. Ein Fragezeichen setzt der Stadtrat tatsächlich bei den Belegungsvorschriften, deshalb wollen wir die Belegung von nun an anschauen, und das wird für die städtischen Wohnungen sicher eine rechte Hebelwirkung bringen. 132

Millionäre, das ist ein kleiner Prozentsatz – und deswegen will die FDP solch eine riesige Verordnung machen? Mit der Verordnung kann auf die städtischen Wohnungen eingewirkt werden. Ein Einfluss auf Genossenschaften ist über den Baurechtsvertrag möglich, aber wenn eine Genossenschaft kein Baurecht hat, ist die Einzelinitiative wirkungslos. Ich hoffe, dass die Verordnung noch in dieser Legislatur abgeschlossen werden kann, und dass für die städtischen Wohnungen eine Regelung mit Augenmass festgelegt wird.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Dr. Pawel Silberring (SP), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Linda Bär (SP), Simon Diggelmann (SP), Urs Fehr (SVP), Adrian Gautschi (GLP), Markus Kunz (Grüne) i. V. von Eva Hirsiger (Grüne), Martin Luchsinger (GLP), Gabriela Rothenfluh (SP), Niklaus Scherr (AL), Katharina Widmer (SVP)
Minderheit: Vizepräsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Onorina Bodmer (FDP)

Niklaus Scherr (AL) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Niklaus Scherr (AL) mit 114 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
138	Anken	Walter	SVP	JA
087	Akyol	Ezgi	AL	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
013	Aubert	Marianne	SP	JA
092	Babini	Mario	parteilos	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	JA
063	Bär	Linda	SP	JA
001	Bartholdi	Roger	SVP	JA
098	Baumann	Markus	GLP	JA
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN
114	Bertozzi	Roberto	SVP	JA
037	Bieri	Cordula	Grüne	JA
133	Bodmer	Onorina	FDP	NEIN
031	Brander	Simone	SP	JA

119	Brunner	Alexander	FDP	NEIN
051	Bührig	Marcel	Grüne	JA
003	Bürki	Martin	FDP	NEIN
176	Bürlimann	Martin	SVP	JA
033	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	NEIN
130	Egli	Andreas	FDP	NEIN
030	Egloff	Mathias	SP	JA
127	Fehr	Urs	SVP	JA
008	Fischer	Renate	SP	JA
016	Frei	Dorothea	SP	JA
044	Früh	Anjushka	SP	JA
099	Garcia	Isabel	GLP	JA
161	Gautschi	Adrian	GLP	JA
027	Glaser	Helen	SP	JA
135	Götzl	Martin	SVP	JA
020	Graf	Davy	SP	JA
088	Guggenheim	Eduard	AL	JA
048	Helfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
160	Hüni	Guido	GLP	--
116	Huser	Christian	FDP	NEIN
175	Hüssy	Kurt	SVP	JA
108	im Oberdorf	Bernhard	SVP	JA
123	Iten	Stephan	SVP	JA
039	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
086	Kirstein	Andreas	AL	JA
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	NEIN
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	NEIN
045	Kraft	Michael	SP	JA
102	Krayenbühl	Guy	GLP	JA
002	Küng	Peter	SP	JA
071	Kunz	Markus	Grüne	JA

10 / 12

068	Kurtulmus	Muammer	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	NEIN
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
121	Liebi	Roger	SVP	JA
149	Luchsinger	Christoph	FDP	NEIN
101	Luchsinger	Martin	GLP	JA
082	Maino	Rosa	AL	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
042	Manz	Mathias	SP	JA
163	Mariani	Mario	CVP	JA
154	Marty	Christoph	SVP	JA
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	JA
140	Monn	Thomas	SVP	JA
024	Moser	Felix	Grüne	JA
152	Müller	Marcel	FDP	NEIN
173	Müller	Rolf	SVP	JA
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
032	Näf	Ursula	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	JA
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
052	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	JA
006	Richli	Mark	SP	JA
111	Richter	Derek	SVP	JA
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
145	Rudolf	Reto	CVP	JA
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
141	Schatt	Heinz	SVP	JA
077	Scherr	Niklaus	AL	JA
178	Schick	Peter	SVP	JA
089	Schiller	Christina	AL	JA
083	Schiwow	Michail	AL	JA
165	Schlieper	Marc	FDP	NEIN
049	Schmid	Marion	SP	JA

170	Schmid	Michael	FDP	NEIN
146	Schoch	Elisabeth	FDP	NEIN
156	Schwendener	Thomas	SVP	JA
041	Seidler	Christine	SP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	NEIN
107	Sobernheim	Sven	GLP	JA
018	Speck	Roger-Paul	SP	JA
171	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
181	Steiner	Jonas	SP	--
034	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
035	Tobler	Marcel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
162	Traber	Christian	CVP	--
105	Trevisan	Guido	GLP	JA
166	Tschanz	Raphaël	FDP	NEIN
183	Urben	Michel	SP	JA
110	Urech	Stefan	SVP	JA
120	Uttinger	Ursula	FDP	NEIN
047	Utz	Florian	SP	JA
144	Vogelbacher	Reto	CVP	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
129	Weyermann	Karin	CVP	JA
113	Widmer	Katharina	SVP	JA
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
095	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
015	Wyler	Rebekka	SP	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Einzelinitiative von Pablo Bünger und drei Mitunterzeichnenden vom 10. September 2013 betreffend Umsetzung von Art. 2^{quater} Gemeindeordnung, «Fairness bei staatlich gestützten Wohnbauträgern», wird abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat, Pablo Bünger, Wiesenstrasse 3, 8008 Zürich und amtliche Publikation am 6. Juli 2016

12 / 12

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat